

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
Einleitung	23
I. Gang der Untersuchung	24
II. Der Squeeze-out im deutschen Recht	26
1. Terminologie	26
2. Die Stellung des Squeeze-out im Katalog der Ausschlussrechte	26
3. Auswirkungen des Squeeze-out auf das Aktienrecht	28
4. Die verschiedenen Squeeze-out-Verfahren und ihr Verhältnis zueinander	30
a. Regelungszweck des aktienrechtlichen Squeeze-out	31
b. Regelungszweck des übernahmerechtlichen Squeeze-out	32
c. Fazit	33
Kapitel 1: Tatbestandsvoraussetzungen des verschmelzungsrechtlichen Squeeze-out	35
I. Zulässige Rechtsformen der beteiligten Rechtsträger	36
1. Rechtsformen der übertragenden Gesellschaft	36
2. Rechtsformen der übernehmenden Gesellschaft	38
3. Maßgeblicher Zeitpunkt für das Vorliegen der zulässigen Rechtsform	39
4. Ergebnis	41
II. Mindestbeteiligungsquote des Hauptaktionärs - Berechnung und maßgeblicher Zeitpunkt	42
1. Höhe der Mindestbeteiligung des Hauptaktionärs	42
2. Berechnung der Beteiligungsquote des Hauptaktionärs	43
a. Grundkapital der übertragenden Gesellschaft als maßgebliche Bezugsgröße	43
b. Berechnung der Beteiligungshöhe des Hauptaktionärs	44
aa. Kapitalbeteiligung als maßgebliche Bezugsgröße	44

bb.	Zurechnung fremder Anteile	46
(1)	Problemstellung	46
(2)	Lösungsvorschlag für die Frage der Zurechenbarkeit fremder Anteile	49
c.	Zwischenergebnis	51
3.	Maßgeblicher Zeitpunkt für das Vorliegen der Mindestbeteiligung	52
a.	Fassung des Übertragungsbeschlusses als letztmöglicher Zeitpunkt für das Vorliegen der Mindestbeteiligung	53
b.	Fortbestehen der Mindestbeteiligung bis zur Eintragung der Verschmelzung	54
c.	Zwischenergebnis	56
4.	Ergebnis	56
III.	Vereinbarkeit des verschmelzungsrechtlichen Squeeze-out mit höherrangigem Recht	57
1.	Einführung	57
2.	Europarechtlicher Hintergrund des verschmelzungsrechtlichen Squeeze-out	59
a.	Regelungszweck und ursprünglicher Inhalt der Verschmelzungsrichtlinie	60
aa.	Regelungsinhalt von Art. 24 und Art. 25 VRL	63
bb.	Regelungsinhalt von Art. 27 und Art. 28 VRL	64
b.	Umgestaltung der Verschmelzungsrichtlinie durch die Änderungsrichtlinie	67
aa.	Gründe für den Erlass der Änderungsrichtlinie	67
bb.	Inhaltliche Neuerungen der Änderungsrichtlinie	70
(1)	Einfügung eines Ausschlussrechts in Art. 28 Abs. 2 VRL	71
(2)	Kritische Betrachtung der Entscheidung für ein Ausschlussrecht in der Verschmelzungsrichtlinie	76
(3)	Folgen des Ausschlussrechts für das Regelungskonzept der Verschmelzungsrichtlinie	86
(4)	Zwischenergebnis	88
3.	Höherrangiges Recht als Maßstab für die Überprüfung des verschmelzungsrechtlichen Squeeze-out	89
a.	Prüfungsmaßstab bei nationalen Umsetzungsakten	89
b.	Konkretisierung des an das Ausschlussrecht anzulegenden Prüfungsmaßstabs	92

4.	Vereinbarkeit des Ausschlussrechts mit dem unionsrechtlichen Eigentumsgrundrecht	93
a.	Stellung und Bedeutung der europäischen Grundrechtecharta im europäischen Primärrecht	93
b.	Schutzbereich des unionsrechtlichen Eigentumsgrundrechts	95
c.	Eingriff in den Schutzbereich des unionsrechtlichen Eigentumsgrundrechts	98
aa.	Eingriffsarten in das unionsrechtliche Eigentumsgrundrecht	98
bb.	Einordnung des Ausschlussrechts als Nutzungsregelung	99
d.	Rechtfertigung des Eingriffs in das unionsrechtliche Eigentumsgrundrecht	102
aa.	Gesetzmäßigkeit des Ausschlussrechts	102
	(1) Art. 50 Abs. 2 lit. g) AEUV als Ermächtigunggrundlage für das Ausschlussrecht	103
	(2) Kritik an Art. 50 Abs. 2 lit. g) AEUV als geeigneter Ermächtigunggrundlage	105
	(3) Zwischenergebnis	107
bb.	Verfolgung eines legitimen Ziels	108
cc.	Verhältnismäßigkeit des Eingriffs in das unionsrechtliche Eigentumsgrundrecht	109
	(1) Geeignetheit des Eingriffs	110
	(2) Erforderlichkeit des Eingriffs	110
	(3) Angemessenheit des Eingriffs	112
e.	Zwischenergebnis	116
5.	Vereinbarkeit des Ausschlussrechts mit der Kapitalverkehrsfreiheit	117
a.	Eröffnung des Anwendungsbereichs der Kapitalverkehrsfreiheit	117
b.	Beschränkung der Kapitalverkehrsfreiheit durch das Ausschlussrecht	118
c.	Rechtfertigung der Beschränkung	119
6.	Ergebnis	120

Kapitel 2:	Verfahrensablauf des verschmelzungsrechtlichen Squeeze-out und die Auswirkungen von Verfahrensmängeln	122
I.	Abschluss des Verschmelzungsvertrags zwischen übertragendem und übernehmendem Rechtsträger	123
1.	Bedeutung des Verschmelzungsvertrags bzw. seines Entwurfs im Verfahren	123
2.	Inhalt des Verschmelzungsvertrags bzw. seines Entwurfs	125
a.	Angabe des Aktionärsausschlusses im Verschmelzungsvertrag bzw. in seinem Entwurf	126
b.	Angaben über den Umtausch von Anteilen im Verschmelzungsvertrag bzw. in seinem Entwurf	127
aa.	Meinungsstand im Schrifttum	129
bb.	Stellungnahme	130
c.	Angabe eines Abfindungsangebots im Verschmelzungsvertrag bzw. in seinem Entwurf	131
3.	Ergebnis	133
II.	Wegfall der Anfertigung von Verschmelzungsberichten und der Durchführung der Verschmelzungsprüfung mit Prüfungsbericht	133
III.	Wegfall des Erfordernisses der Verschmelzungsbeschlüsse bei den beteiligten Rechtsträgern	135
1.	Verschmelzungsbeschluss der übernehmenden Gesellschaft	136
2.	Verschmelzungsbeschluss der übertragenden Gesellschaft	139
3.	Ergebnis	141
IV.	Auslegungs- und Bekanntmachungspflichten im Zusammenhang mit der Verschmelzung	142
1.	Auslegung der verschmelzungsrelevanten Unterlagen	142
2.	Hinweis- und Bekanntmachungspflichten	143
3.	Fristbeginn der Hinweis- und Bekanntmachungspflichten	144
a.	Vereinbarkeit der Fristenregelung in § 62 Abs. 5 S. 3 UmwG mit der Verschmelzungsrichtlinie	144
b.	Meinungsstand zum Beginn der einmonatigen Auslegungsfrist gemäß § 62 Abs. 5 S. 3 UmwG	146
c.	Stellungnahme	147
4.	Ergebnis	148

V.	Vorbereitung, Durchführung und Abschluss des Ausschlussverfahrens	148
1.	Einleitung des Ausschlussverfahrens durch ein Übertragungsverlangen des Hauptaktionärs	149
a.	Regelungszweck des Übertragungsverlangens	150
b.	Vergleich des Übertragungsverlangens mit dem Regelungszweck der Angabe des Aktionärsausschlusses im Verschmelzungsvertrag	151
c.	Kapitalmarktrechtliche Veröffentlichungs- und Mitteilungspflichten bei Durchführung des verschmelzungsrechtlichen Squeeze-out	152
2.	Vorbereitung der Hauptversammlung	154
a.	Festsetzung und Prüfung der Barabfindung	155
b.	Bekanntmachungs-, Berichts- und Auslegungspflichten	157
3.	Durchführung der Hauptversammlung	158
4.	Abschluss des Ausschlussverfahrens	160
a.	Hintergründe des Vorläufigkeitsvermerks	162
b.	Vereinbarkeit des Vorläufigkeitsvermerks mit der Verschmelzungsrichtlinie	163
c.	Regelungstechnische Umsetzung des Vorläufigkeitsvermerks	165
5.	Kritik am Erfordernis eines Übertragungsbeschlusses	166
a.	Erfordernis des Übertragungsbeschlusses aufgrund der Eingriffsintensität des Squeeze-out	167
b.	(Kein) Verbesserter Informations- und Rechtsschutz der Minderheitsaktionäre	170
c.	Widerspruch zu den Regelungszielen der Änderungsrichtlinie	172
d.	Vorschlag einer Alternative zum Übertragungsbeschluss	173
e.	Zwischenergebnis	175
6.	Ergebnis	176
VI.	Anmeldung und Rechtsfolgen der Eintragung der Verschmelzung	177
1.	Anmeldung der Verschmelzung	177
2.	Rechtsfolgen der Eintragung der Verschmelzung	177
a.	Keine Übertragung der Aktien auf die übernehmende Gesellschaft	178
b.	Vereinbarkeit des Untergangs der Aktien mit der Verschmelzungsrichtlinie	180

VII. Fehlerquellen im Verfahrensablauf und ihre Auswirkungen auf die Wirksamkeit des verschmelzungsrechtlichen Squeeze-out	180
1. Mängel im Verschmelzungsverfahren	181
2. Auftretende Mängel im Ausschlussverfahren	182
3. Auswirkungen von Mängeln im Ausschlussverfahren auf die Wirksamkeit des verschmelzungsrechtlichen Squeeze-out	183
a. Registersperre infolge Klageerhebung der Minderheitsaktionäre	184
b. Überwindung der Registersperre infolge des Freigabeverfahrens	185
aa. Voraussetzungen und Ablauf des Freigabeverfahrens	185
bb. Auswirkungen eines unterbliebenen oder erfolglosen Freigabeverfahrens	187
4. Überprüfbarkeit der Angemessenheit der Abfindung	189
5. Ergebnis	191
VIII. Der verschmelzungsrechtliche Squeeze-out im grenzüberschreitenden Kontext	192
1. Der verschmelzungsrechtliche Squeeze-out in Kombination mit der Hinausverschmelzung	195
2. Der verschmelzungsrechtliche Squeeze-out in Kombination mit der Hereinverschmelzung	197
Kapitel 3: Gestaltungsmöglichkeiten des verschmelzungsrechtlichen Squeeze-out und ihre rechtlichen Grenzen	198
I. Einführung	198
II. Rechtliche Schranken für die Durchführung des verschmelzungsrechtlichen Squeeze-out	199
1. Gesellschaftliche Treuepflicht des Hauptaktionärs	200
a. Einführung	200
b. Inhalt und Umfang der gesellschaftlichen Treuepflicht des Hauptaktionärs bei Durchführung des verschmelzungsrechtlichen Squeeze-out	202
2. Materielle Inhaltskontrolle des Übertragungsbeschlusses	205
a. Einführung	205
b. (Kein) Erfordernis einer materiellen Inhaltskontrolle beim verschmelzungsrechtlichen Squeeze-out	208

aa.	Auswirkungen des Unionsrechts auf das Erfordernis einer materiellen Inhaltskontrolle	208
bb.	Materielle Inhaltskontrolle des Bezugsrechtsauschlusses	210
cc.	Erfordernis der materiellen Inhaltskontrolle beim aktienrechtlichen Squeeze-out	211
dd.	Erfordernis der materiellen Inhaltskontrolle bei Umwandlungsmaßnahmen	213
ee.	Schlussfolgerung für die materielle Beschlusskontrolle beim verschmelzungsrechtlichen Squeeze-out	215
3.	Lehre vom Rechtsmissbrauch	218
a.	Allgemeines	218
b.	Voraussetzungen der rechtsmissbräuchlichen Durchführung des verschmelzungsrechtlichen Squeeze-out	221
aa.	Zweck des verschmelzungsrechtlichen Squeeze-out	223
bb.	Kein „Konzernbereinigungsinteresse“	224
4.	Lehre von der Gesetzesumgehung	225
III.	Einzelne Gestaltungsmöglichkeiten und ihre Vereinbarkeit mit den allgemeinen rechtlichen Schranken	227
1.	Gestaltungsmaßnahmen für die Erreichung der Mindestbeteiligungsschwelle	228
a.	Wertpapierdarlehen	228
aa.	Besonderheiten des Wertpapierdarlehens beim verschmelzungsrechtlichen Squeeze-out	229
bb.	Zulässigkeit des Wertpapierdarlehens	230
(1)	Rechtslage beim aktienrechtlichen Squeeze-out	230
(2)	Übertragbarkeit der BGH-Grundsätze auf den verschmelzungsrechtlichen Squeeze-out	233
(3)	Kein Rechtsmissbrauch durch die Verwendung von Wertpapierdarlehen	236
cc.	Zwischenergebnis	237
b.	Anteilsübertragung auf eine Zwischenholding	238
aa.	Meinungsstand zum aktienrechtlichen Squeeze-out	240
bb.	Meinungsstand zum verschmelzungsrechtlichen Squeeze-out	241
cc.	Stellungnahme	243
dd.	Zwischenergebnis	245

c. Kapitalerhöhung mit gleichzeitigem Bezugsrechtsausschluss	246
d. Zwischenergebnis	247
2. Formwechsel als Gestaltungsmaßnahme für die Herbeiführung der zulässigen Rechtsform	247
a. Rechtslage beim aktienrechtlichen Squeeze-out	248
b. Keine Übertragbarkeit auf den verschmelzungsrechtlichen Squeeze-out	250
c. Zwischenergebnis	253
3. Ergebnis	253
Kapitel 4: Zusammenfassung und abschließende Betrachtung	255
Literaturverzeichnis	261
Stichwortverzeichnis	279